

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) **Drucksache 19/23152**

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Christian Kühn (Tübingen), Lisa Badum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktionsplan Faire Wärme – Aufbruch für klimaneutrale, bezahlbare und warme Wohnungen und ein starkes Handwerk

Drucksache 19/26182

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Dr. Julia Verlinden, Lisa Badum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Drittelmodell – Energetische Modernisierungen voranbringen – Gerecht und sozial ausgewogen

Drucksache 19/26183

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

(B)

- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Daniel Föst, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Nachhaltig bauen – Technologieoffenheit stärken – Bezahlbar wohnen

Drucksache 19/26178

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Auch für diese Aussprache sind 30 Minuten beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt der Kollege Christian Kühn, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christian Kühn (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das vergangene Jahr war das zweitwärmste Jahr seit Beginn der Temperaturentwicklungen. Wir haben vorhin über Agrarpolitik gesprochen: drei Dürresommer in Folge. Die Erderwärmung liegt bereits 1,2 Grad über dem Niveau des vorindustriellen Zeitalters. Der UN-Generalsekretär hat Ende letzten Jahres noch einmal gesagt: Wir, die Weltge-

meinschaft, müssen „den Krieg gegen die Natur ... beenden“. Wir sind mitten in der Coronakrise; aber gleichzeitig findet die Klimakatastrophe statt. Wir müssen jetzt handeln und jetzt umdenken. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das müssen wir in allen Sektoren tun, eben gerade auch bei dem Thema, das wir heute haben: beim Bauen. Der ökologische Fußabdruck von Gebäuden ist enorm und riesengroß, viel größer, als manche glauben, und leider auch viel größer, als manche von Ihnen hier im Deutschen Bundestag wissen oder auch glauben. 40 Prozent – 40 Prozent! – der indirekten und direkten CO₂-Emissionen entstehen im Gebäudesektor: beim Bauen, beim Betreiben, aber auch beim Abriss von Gebäuden. 52 Prozent des Abfallaufkommens entstehen dabei. Es ist vollkommen klar: Ohne eine Bauwende ist die Klimakrise nicht zu stoppen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin deswegen sehr froh, dass uns im Deutschen Bundestag eine Petition von Architects for Future erreicht hat, die nichts anderes einfordert, als dass wir Baupolitik endlich auch als Klimapolitik begreifen. Ich finde, hier sollten wir endlich unseren Job machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grüne bringen heute Anträge zur Wärmepolitik, zur Klimapolitik, zur Ressourcenpolitik, zur Planungs- politik und zur Baupolitik ein. Kurz gesagt: Es geht um eine Bauwende. Wir deklinieren durch, was in den nächsten zehn Jahren gemacht werden muss, um diesen Sektor endlich auf den Pariser Klimapfad zu bringen. (D)

Wenn ich in das vergangene Jahrzehnt schaue, in dem größtenteils Sie in der Großen Koalition die Verantwortung hatten, dann muss ich sagen: Das war ein vergeudetes Jahrzehnt für dieses Themenfeld. Bei der Bau- und Wärmewende sind wir nicht vorangekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch des Abg. Timon Gremmels [SPD])

Ein Beispiel dafür – Herr Gremmels, Sie schütteln mit dem Kopf; aber das sehen Sie doch genauso –: Die Standards, die das Gebäudeenergiegesetz, das letztes Jahr hier beschlossen worden ist, vorsieht, sind nicht Paris-kompatibel. Das haben Herr Altmaier und die Große Koalition zu verantworten. Das ist ein Riesenfehler.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Timon Gremmels [SPD]: Falsch!)

Oder schauen wir ins Bauministerium. Ich finde es skandalös, dass Herr Seehofer die Mantelverordnung, also die Verordnung, die regelt, wie Baustoffe in Deutschland recycelt werden, in diesen Tagen blockiert, und zwar rein aus bayerischen Lobbyinteressen heraus. Das können wir uns nicht länger leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist zukunftsvergessen und industrie-feindlich, weil es die Kreislaufwirtschaft ausbremst. Wir haben kein technisches Problem bei der Umsetzung, sondern ein politisches.

Christian Kühn (Tübingen)

- (A) Das höchste Holzhaus der Welt steht leider nicht in Deutschland, sondern in Norwegen, weil es dort eine nationale Holzbaustrategie gibt. Bei der Wärmewende rennen wir Dänemark hinterher, weil wir nicht bereit sind, endlich mal darüber zu sprechen, wie wir mehr Erneuerbare in den Markt bringen können. Bei der Lebenszyklusbetrachtung von Gebäuden sind wir gesetzgeberisch noch meilenweit von dem Standard entfernt, den es in der Industrie schon seit 20 Jahren gibt. Ich finde, hier müssen wir als Politik endlich loslegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt die Idee, die Stadt von morgen aus nachwachsenden Rohstoffen zu errichten und damit als CO₂-Senke zu betrachten. Damit können wir uns Stück für Stück aus der Klimakrise herausbauen. Holz, nachwachsende Rohstoffe oder Recyclingbaustoffe sind die Zukunft. Ich finde die Idee bestechend, und ich finde, wir sollten sie umsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie von der Union mir das nicht glauben, dann schauen Sie einfach nach Brüssel zu Ursula von der Leyen.

(Dr. Florian Toncar [FDP]: Oh, lieber nicht!)

Die EU-Kommission bringt eine Renovation Wave auf den Weg, ein umfassendes Konzept, wie wir den Gebäudesektor in Zukunft CO₂-frei gestalten sollen. Ich finde, Sie als Union sollten auf Ihre Parteikollegin hören, wenn Sie uns schon nicht trauen.

- (B) Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat das Wort der Kollege Christian Hirte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Christian Hirte (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns dem Grunde nach einig: Der Bausektor gehört zu den besonders ressourcenintensiven Wirtschaftszweigen. Schon bei der Herstellung der Baumaterialien und beim Bau benötigt man große Stoffmengen. Schließlich entstehen dabei, wie auch bei der Sanierung und beim Abriss, große Abfallmengen. Für Wärme und Klimatisierung in Gebäuden wird in Deutschland etwa ein Drittel der Primärenergie eingesetzt. Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit im Bau- und Gebäudesektor sind also zentrale Bausteine im Rahmen unserer Klimaziele.

Uns liegen zu dieser Thematik nun drei Anträge der Grünen und ein Antrag der FDP vor.

Da geht es etwa um das Recycling von Baustoffen. Wie sieht es denn zurzeit in Deutschland damit aus? Bau- und Abbruchabfälle unterliegen der Gewerbeabfallverordnung als Teil des geltenden Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Grundsatz ist das verpflichtende Getrennthalten der Abfälle und das Zuführen zum Recycling. Eine gemischte Sammlung ist heute nur zulässig, wenn die separate

- Erfassung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist. Auf diese Weise können Böden, Bauschutt und Straßenaufbruch sowie einige weitere Bauabfallarten zu rund 90 Prozent im Stoffstromkreislauf gehalten werden. (C)

Das BMWi hat schon 2015 die Energieeffizienzstrategie Gebäude mit konkreten Ansatzpunkten der Beratung aufgelegt. Diese Strategie integriert die Handlungsfelder Strom, Wärme und Effizienztechnik. Damit schafft sie einen klaren Handlungsrahmen für einen besseren Energieeinsatz im Gebäudebereich. Das Bundesministerium des Innern hält Informationen über nachhaltiges Bauen des Bundes bereit und bietet konkrete Leitfäden an, die auch ständig aktualisiert werden. Wir sind da also schon auf dem richtigen Weg.

Zwar werden vor allem im Straßenbau aufbereitete Baustoffe aus dem Abriss eingesetzt, aber nicht immer reicht die Produktqualität aus. Die Grenzwerte für Schadstoffe werden zunehmend schärfer. Boden- und Grundwasserschutz gehen vor. Solange aber die Fragen der Grenzwerte von Recyclingbaustoffen nicht geklärt sind, werden Bauherren und Baufirmen diese Stoffe nicht verwenden. Deswegen müssen wir uns hier darum kümmern.

- Ebenfalls unklar bleibt bei vielen Stoffen, ob sie überhaupt recycelbar sind. Bei der klassischen Gipskartonwand mag das noch einfach erscheinen. Bei anderen Stoffen ist der Wiederaufbereitungsaufwand aber so hoch, dass sich Recycling praktisch nicht lohnt. Es ist auch ein Irrglaube, dass recycelbare Baustoffe in einem immer fortwährenden Kreislauf den künftigen Bedarf zu 100 Prozent decken könnten. Wenn man sich zum Beispiel die Gipskartonwand noch mal anschaut: Auch hier muss dem recycelten Material ständig neuer Gips zugefügt werden. Wegen des Kohleausstiegs stehen uns aber die bisherigen Stoffströme nicht mehr zur Verfügung, und wir müssen künftig ausschließlich auf Naturgips zurückgreifen. Der Abbau dieser Ressource wird aber torpediert, wenn mit dem Hinweis auf den Naturschutz Vorkommen nicht erschlossen werden können – Gleiches gilt für Kiese und Sande –, und es kann ja nicht angehen, dass wir in solchen Bereichen auf ausländische Ressourcen zurückgreifen müssen. (D)

Den Grundsatz, mehr Baustoffe wiederzuverwerten, teile ich voll und ganz. Daher ist es auch zielführender, zunächst nach Bau- und Ersatzstoffen zu forschen, die von vornherein auf Wiederverwertung zu akzeptablen Preisen angelegt sind. Außerdem müssen wir die Abläufe beim Bauen stärker in den Blick nehmen. Dabei sind die Möglichkeiten des ressourcenschonenden Bauens vielfältig: Durch einen stärkeren Einsatz von Modularisierungskonzepten können Bauteile und Bauprodukte vielseitig eingesetzt und wiederverwendet werden. In diesem Zusammenhang verweise ich auf unseren Koalitionsantrag „Innovativ, zukunftssicher und nachhaltig – Vorbild Bund – Das Bauen von Morgen heute fördern“. Dort sind wesentliche Punkte wie eine Holzbauoffensive – gerade angesprochen vom Kollegen Kühn – oder nachhaltiges Bauen bereits aufgegriffen.

Christian Hirte

- (A) In den Anträgen der Grünen gibt es einige richtige Ansätze – das gilt übrigens auch für den Antrag zur Wärmewende –; es mangelt aber jeweils an einer praxistauglichen Berücksichtigung von Kosten- und Wirtschaftlichkeitserwägungen.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Nur wenn klimagerechtes Bauen und Sanieren mit vernünftigen Preisen einhergeht, können Wohnungen in ausreichender Zahl am Ende auch zu vernünftigen Mieten am Wohnungsmarkt angeboten werden. Ausreichende und bezahlbare Wohnungen schafft man jedenfalls nicht mit Regulierung. Diese Wohnungen müssen schlicht gebaut werden, vorzugsweise in privater Initiative.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Die historischen Erfahrungen gerade hier in Berlin zeigen doch, dass eine staatliche Zwangsbewirtschaftung nicht zu den gewünschten Erfolgen führt. Auch der aktuelle Mietendeckel zeigt, dass die Wohnungswirtschaft rückläufig ist und wir weniger Neubau haben.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So sieht Zukunft à la CDU aus! Das Thema komplett zerredet!)

Nach unserer Überzeugung sollte man Mietern vielmehr ermöglichen, Wohnungseigentum zu erwerben; denn der beste Schutz gegen Mieterhöhungen ist die eigene Immobilie.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Umwandlungsverbote für Mietwohnungen und Mietendeckel sind jedenfalls nicht die richtigen Instrumente zur Bekämpfung des Wohnungsmangels.

(Dr. Julia Verlinden [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie auch noch was zum Klimaschutz heute?)

In den anstehenden parlamentarischen Beratungen zum Baulandmobilisierungsgesetz werden wir sicherlich auch darüber noch zu reden haben.

Schließlich fordern die Grünen eine massive Ausweitung von staatlichen Förderungen und die Einführung des Drittmodells. Dazu will ich sagen: Auch das können wir nicht machen mit einer Vereinbarung zulasten Dritter, nämlich des Steuerzahlers, der ja nicht irgendein abstrakter Dritter ist; vielmehr wären es am Ende die Bürgerinnen und Bürger, die für all diese Kosten aufzukommen hätten.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Null Lösungen, null Zukunft in dieser Rede!)

Meine Damen und Herren, am Ende muss man schauen, dass man die Klimaschutzpolitik und den Bürger so zusammenbringt, dass es auch vernünftig funktioniert.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht mit Ihnen!)

Das bringen Ihre Anträge leider nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ausgezeichnete Rede!) (C)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Christian Hirte. – Der nächste Redner: für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Marc Bernhard.

(Beifall bei der AfD)

Marc Bernhard (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 84 Prozent der Deutschen träumen von den eigenen vier Wänden, und Sie von den Grünen erklären das Traumhäuschen im Grünen nun zu einem Flächenvernichter, einem Baulandfresser und einem Ressourcenverschwender.

Nachdem Sie begonnen haben, mit Ihrer grünen Politik den Menschen das Auto wegzunehmen, vergreifen Sie sich jetzt auch noch am Wohneigentum.

(Timon Gremmels [SPD]: Wem haben wir das Auto weggenommen?)

Denn die von Ihnen angestrebte Bauwende offenbart die Scheinheiligkeit und völlige Substanzlosigkeit Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmels [SPD]: Substanzlos ist Ihre Rede!)

Sie stören sich mal wieder an der Art, wie gebaut und geheizt wird: zu viel Zement, zu viele Steine, zu viel Stahl. (D)

(Timon Gremmels [SPD]: Zu viel CO₂!)

Stattdessen wollen Sie jetzt Baustoffe aus Hanf und Pilzen verwenden. So soll also aus Sicht der Grünen Deutschlands technologischer Fortschritt 2021 aussehen. Sie von den Grünen sollten wirklich aufhören, dieses Zeug zu rauchen, dann würden Sie vielleicht auch sinnvolle Anträge stellen.

(Beifall bei der AfD – Daniela Wagner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie noch alle Tassen im Schrank?)

Seit 20 Jahren kann Ihnen die Fassadendämmung gar nicht dick genug sein. Genau Sie haben uns dazu verdonnert, zu dämmen, bis der Arzt kommt. Fast 500 Milliarden Euro sind in Form von Styropor an die Häuser geklebt worden. Und mit welchem Effekt? Mit welchem Effekt denn? Mit dem einzigen Effekt, dass noch mehr CO₂ in noch kürzerer Zeit in die Luft geblasen wurde, als wenn wir gar nichts gemacht hätten. Denn Ihnen selbst fällt ja jetzt auch plötzlich auf, dass die Herstellung der Dämmmaterialien nämlich mit einem massiven CO₂-Ausstoß verbunden ist, und trotzdem wollen Sie in Ihrem Antrag das Niveau eines Effizienzhauses 40 als Standard festschreiben, um noch mehr Dämmmaterialien an die Hauswände kleben zu können.

Die Idiotie der von Ihnen seit Jahren geforderten angeblich so klimafreundlichen Maßnahmen lässt sich durch ganz einfache Mathematik auch beweisen.

Marc Bernhard

- (A) (Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt bin ich auf die Rechnung gespannt!)

Denn selbst wenn man durch die Dämmung den Wärmeverlust unrealistischerweise auf null reduzieren könnte, würde die CO₂-Bilanz für ein Einfamilienhaus immer noch so aussehen: 50 Tonnen CO₂ entstehen allein bei der Herstellung des Dämmmaterials, und diesen 50 Tonnen steht eine lächerliche CO₂-Einsparung von gerade mal einer einzigen Tonne CO₂ pro Jahr gegenüber. Also haben wir bis heute 500 Milliarden Euro in Ihren Dämmwahn investiert und damit kein einziges – kein einziges! – Gramm CO₂ eingespart.

Während Sie hier ernsthaft darüber diskutieren, anstelle von Beton und Stahl mit Stroh und Pilzen zu bauen, setzen andere Nationen wie beispielsweise Indien alles daran, ihre Strohhäuser endlich durch Häuser aus Beton und Stahl zu ersetzen. Mit anderen Worten: Es interessiert den Rest der Welt nicht die Bohne, ob wir hier mit Pilz-, Stroh- oder Hanfbauweise arbeiten. Das Einzige, das jedoch mit Sicherheit erreicht wird, ist, dass die Bürger nur noch mehr fürs Bauen und Wohnen bezahlen müssen, genau das.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Waren Sie schon mal in einer Zimmerei, Herr Bernhard? Ich glaube nicht! Sie sind so abgehoben! Das gibt es gar nicht!)

- (B) Und im Ergebnis, Herr Kühn, werden Sie von den Grünen sowieso zu dem Schluss kommen, dass das Wohnen in Höhlen am ökologischsten ist.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Bauwende ist nicht grün und auch nicht nachhaltig. Ihre Bauwende ist genauso wie die Energiewende und die Verkehrswende: teuer, nutzlos und umweltschädlich.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner: für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Klaus Mindrup.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Klaus Mindrup (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich geboren wurde, betrug der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre 318 ppm; heute liegen wir bei 415 ppm. Es ist vollkommen klar, dass diese Entwicklung gestoppt werden muss, weil sie viel zu gefährlich ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist vollkommen klar: Wir müssen die planetaren Grenzen einhalten. Wir müssen deswegen unsere Art, zu leben, ändern, unsere Art, zu wirtschaften. Wenn wir das nicht tun, ist das Leben nicht mehr sicher. Wir haben hier schon oft über

die Naturkatastrophen gesprochen. Früher hat man gesagt: Sicherheit im Wandel. Heute müssen wir sagen: Sicherheit gibt es nur durch einen Wandel. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch der Hintergrund des Klimaschutzabkommens von Paris, das wirklich ein elementarer Fortschritt ist, und ich freue mich sehr, dass die US-Amerikaner mit dem Präsidenten Biden sofort wieder beigetreten sind. Das ist ein wichtiger Fortschritt, den wir hier auch feiern müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Artur Auernhammer [CDU/CSU])

Wir diskutieren heute Anträge der Kolleginnen und Kollegen von der FDP und den Grünen in erster Lesung.

Die Kollegen der Grünen haben drei Anträge gestellt mit einem Baukasten von Vorschlägen. Da sind gute dabei; aber es sind auch nicht nachvollziehbare dabei. Was mich besonders irritiert hat, ist, dass Sie in dem Antrag „Faire Wärme“ davon ausgehen, dass wir das Klimaschutzziel 2030 definitiv verfehlen werden. Da muss ich sagen: Da haben Sie nicht verstanden, welche Gesetze wir hier im Bundestag beschlossen haben. Wir haben ein Klimaschutzgesetz beschlossen. Darin sind verbindliche Ziele enthalten, und die werden jedes Jahr überprüft. Wenn sie nicht eingehalten werden, müssen Sofortmaßnahmen kommen, um diese Ziele einzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Und: Wir haben ein Sachverständigenngremium eingesetzt. (D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Klaus Mindrup (SPD):

Von wo?

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Aus der Fraktion Die Grünen.

Klaus Mindrup (SPD):

Ja, bitte.

Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Lieber Klaus Mindrup, euer Klimaschutzgesetz, das sichert nicht, dass CO₂-Emissionen eingespart werden. Es besagt nur, dass ihr euch etwas vorgenommen habt. Die Frage ist doch: Warum gehen die CO₂-Emissionen seit Jahren, seit vielen, vielen Jahren, in genau diesem Gebäudesektor nicht runter? Warum geht der Anteil der erneuerbaren Energien für das Heizen nicht nach oben, seit vielen, vielen Jahren? Als Antwort darauf haben wir Vorschläge vorgelegt. Die könnten wir sofort umsetzen, und die wären zielgerichtet, und die würden dabei helfen, das Klimaschutzziel 2030 zu erreichen.

Jetzt gerade hören wir hier, es sei ja noch gar nicht klar, ob man das 2030er-Ziel schafft oder nicht schafft. Wir haben eine EU-Zielverschärfung, die vor uns steht bzw.

Dr. Julia Verlinden

- (A) die schon beschlossen ist, und die bedeutet, dass man natürlich auch das nationale Ziel in Deutschland anpassen muss. Das wiederum bedeutet, dass mehr passieren muss als das, –

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin, kurz und präzise.

Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
– was diese GroKo in den letzten Jahren im Gebäudesektor hingeekriegt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klaus Mindrup (SPD):

Das waren jetzt im Kern drei Fragen.

Kommen wir zu dem ersten Punkt: Wirkung des Klimaschutzgesetzes. Das werden wir zum ersten Mal in diesem Jahr sehen, wenn wir einen Bericht bekommen, wie die Emissionen im letzten Jahr waren. Wahrscheinlich erfüllen wir wegen der Coronapandemie die Ziele; also gibt es keine Sofortmaßnahmen. Aber es gibt auch den Bericht der Wissenschaftler und eine Debatte darüber, was wir hier tun müssen. Also: Das Klimaschutzgesetz wirkt; das werden wir hier ganz konkret sehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Der zweite Punkt ist, dass wir bei der Frage der CO₂-Mengen eine Verkopplung haben zwischen dem Klimaschutzgesetz und dem Brennstoffemissionshandelsgesetz. Dort gibt es wie im europäischen Emissionshandel einen sogenannten Cap für die Emissionen aus fossilen Brennstoffen. Das wird wirksam ab 2027, und bis dahin greifen die Sofortmaßnahmen. Das ist ein unglaublich scharfes Schwert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dann kommen wir zum dritten Punkt, zu der Frage der Vergangenheit. Warum haben wir denn das Gebäudeenergiegesetz geschaffen? Warum haben wir das EEG geschaffen? Warum haben wir die Bedingungen für die Quartierslösungen verbessert? Warum haben wir die Bedingungen für die Solarenergie verbessert? Na, weil wir einen Handlungsbedarf gesehen haben! Und auch das fängt an, zu wirken. Das sehe ich daran, dass ich viele, viele unterstützende Schreiben aus der Solarenergiebranche erhalte.

Vollkommen klar ist – ich glaube, jetzt habe ich die Fragen beantwortet –: Wir müssen natürlich noch mehr tun; deswegen stehen wir hier gemeinsam. Aber dann müssen wir auch über die Ziele reden. So. Und das Ziel im Klimaschutzgesetz ist Klimaneutralität. Bei der Wirtschaft ist es angekommen, weil die Unternehmen wissen: Es gibt kein Schlupfloch mehr. Wir müssen auf 100 Prozent erneuerbare Energien gehen, alle Emissionen vermeiden, die nicht prozessbedingt sind. Aber in Baden-Württemberg haben Sie das Ziel 90 Prozent. Das heißt, da gibt es noch diese Schlupflochdebatte. Und da sage

ich: Da sind wir hier progressiver als das Land Baden-Württemberg, das von Ihnen und Ihrem Ministerpräsidenten geführt wird. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt kommen wir zu der Frage: Warum funktioniert es in bestimmten Bereichen nicht? Und da sehe ich bei Ihnen eine falsche Schwerpunktsetzung. Sie wollen KfW 55 im Altbaubestand. Jetzt wissen Sie, ich habe ein Hobby: Ich bin seit fast 20 Jahren im Aufsichtsrat einer Wohnungsbaugenossenschaft. Das Ziel können wir mal gerne konkret mit meinen Genossen diskutieren; denn uns gehören die Häuser, und wir sind gleichzeitig Mieter. Oder wir können das mit den Mieterinnen und Mietern in meinem Wahlkreis diskutieren. Das funktioniert nicht.

Das Problem dabei ist, dass Sie den erneuerbaren Energien nicht vertrauen; wir müssen im Klimaschutz natürlich eine Mischung aus Effizienz und erneuerbaren Energien finden. Die erneuerbaren Energien werden immer billiger und besser. Es ist zu Recht Dänemark genannt worden. Den dänischen Weg wollen wir als SPD gehen – das ist der Quartiersansatz –; der ist sozialverträglich.

(Zuruf der Abg. Dr. Julia Verlinden [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da würde ich gerne mit Ihnen zusammenarbeiten, übrigens auch bei der Frage des Holzbaus. Die Chance des Holzbaus besteht darin, CO₂ aus der Atmosphäre zu ziehen, dauerhaft zu binden. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Aber KfW 55 – das kann ich Ihnen sagen – ist nicht sozialverträglich. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. (D)

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Es macht sich bereit der Abgeordnete Hagen Reinhold, FDP-Fraktion. – Bitte schön.

(Beifall bei der FDP)

Hagen Reinhold (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fasse erst mal zusammen: Mir fallen kaum Leute ein, die Ressourcen verschwenden wollen und mehr Ressourcen verbrauchen wollen. Ein Bauherr braucht keine dicken Wände und keine dicke Dämmung; er will für sein Geld ein optimales Haus, und zwar idealerweise zwischen den Wänden und nicht in den Wänden. Der Baubetrieb bestimmt auch nicht; denn wenn ich einen Vorteil gegenüber meinen Konkurrenten haben will, brauche ich nicht mehr Beton, sondern weniger Beton. Ich also auch nicht. Laut dieser Debatte die Politik auch nicht. Sie macht nur blöderweise Gesetze und Verordnungen, die dagegensprechen: mehr Dämmung, Sand können wir nicht mehr einbauen, wo wir wollen, müssen sogar abtransportieren, Gips holen wir bald aus Afrika, dazu kommen hohe Anforderungen.

Hagen Reinhold

(A) Was mir in der Debatte auffällt und was wir vermeiden müssen, ist, das Augenmerk auf *ein* Haus zu richten und zu sagen: Dieses Haus gucken wir uns jetzt in diesem Moment an. – Das macht nämlich keinen Sinn, auch wenn ein Weitwinkel eingesetzt wird; denn – das wollen wir Liberale – man muss den kompletten Zyklus von Gebäuden – Material, Rohstoffe, Erstellung, Abriss – betrachten, aber auch die Lebensdauer und was im Laufe dieser Zeit passiert.

Und da sage ich ganz ehrlich: Ich bin ein Fan von Holz. Viergeschossiger, als fünfte Etage einen Holztafelbau obendrauf gesetzt, ein Staffelgeschoss, ergibt 25 Prozent mehr Wohnraum in Ballungsräumen – geniale Sache. Aber eins weiß ich auch: Holz ist kein Baustoff, der ewig lange hält, und das gehört zur Ressourcenschonung dazu.

(Klaus Mindrup [SPD]: Na, na, na! Norwegen!)

Gucken Sie sich das Kolosseum in Rom an!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Beim Kolosseum in Rom sind die Stangen für das Sonnensegel längst weg; der Rest steht. Warum? Weil es römischer Beton ist. Beton hält nämlich ewig und drei Tage. Allein aus Holz, Pilzen und Stroh mache ich keine Bauwände.

Warum sage ich das? Jeder denkt jetzt mal nach und stellt sich die ältesten Gebäude in seiner Gemeinde vor. Das war früher ein Schloss, dann ein Hospital, dann war es eine Schule, dann hat ein Betrieb darin gearbeitet; jetzt sind es Wohnungen. Warum sage ich das? Unser Baurecht ist nicht flexibel genug, eine andere Nutzung von Gebäuden als geplant zu ermöglichen. Das verschwendet Ressourcen, das ist Unsinn!

(Beifall bei der FDP)

Flexible Nutzung muss möglich sein.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dagegen hat auch keiner was!)

Dazu kommt die Digitalisierung. Die BIM-Methodik hilft nicht nur beim Planen und Bauen, sondern kann zusätzlich Qualitäten von Rohstoffen erfassen. Wir wissen also: Was kommt für eine Reparatur auf uns zu? Was für ein Recycling ist möglich bei einem Gebäude? Damit habe ich einen echten Footprint vom Gebäude, und dann sage ich: Da sind 50 Prozent weniger Rohstoffe drin. – Dann heißt es zwar: „Oh scheiße, jetzt ist der Job in der Rohstoffindustrie weg“, aber ist auch okay. Wir übernehmen ja bald Verantwortung; dann habe ich was zu tun in Berlin.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Was braucht es wirklich für nachhaltiges Bauen? Es braucht die Ausnutzung aller digitalen Möglichkeiten, die Betrachtung des gesamten Gebäudezyklus über die Lebensdauer, flexibles Baurecht, kein GEG, das die Nutzung im Altbestand völlig unmöglich macht, einen echten ETS und Technologieoffenheit. Dann wird was aus ressourcenschonendem Bauen. Ich bin überzeugt: Wir

(C) schaffen das! Aber wir müssen wirklich die Nutzungsdauer von Gebäuden und das, was in dieser Zeit stattfindet, mit betrachten, und das passiert noch nicht.

(Beifall bei der FDP)

Zum grünen Drittelmodell muss ich noch was sagen – dazu ist ein Antrag vorgelegt worden, in dem übrigens nicht nur Schlechtes steht, sondern auch Gutes, das uns vereint –: Sie haben es geschafft, in Ihrem Antrag in acht Punkten 16 Milliarden Euro aufzulisten, die der Staat ausgeben soll. Sie wollen also staatlich vorschreiben und glauben, dass Sie, wenn Sie dann sagen: „Wir verteilen die Kosten auf diese drei Leute“, die Leute animieren, was zu machen. Wem ich etwas aufdrücke, der macht nie freiwillig irgendwas.

Wir haben ein besseres Modell. Die FDP sagt: Wir setzen eine Teilwärmiete, also Miete und eine Grundwärme, als Anreiz und sagen: Lieber Vermieter, wenn du es schaffst, dein Gebäude effizient zu gestalten, dann behältst du die gleiche Miete, auch wenn du weniger Heizkosten hast; dann hast du was davon: Cash in de Täsch. – Und der Mieter, der trotzdem verbrauchsabhängig bezahlt, spart auch Nebenkosten und hat was davon. Anreizmodelle, bei denen die Menschen Lust haben, Energie zu sparen,

(Beifall bei der FDP)

sind richtig und nicht Zwang, wie Sie das wollen. Daraus wird nichts werden.

Ich danke Ihnen recht herzlich.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Das Wort hat die Abgeordnete Caren Lay, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Caren Lay (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass wir heute über die Bauwende sprechen; denn das ist der ungehobene Schatz beim Klima- und beim Ressourcenschutz.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.
Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

30 Prozent der Treibhausgasemissionen, 40 Prozent des Endenergieverbrauches, 60 Prozent des Abfallaufkommens und sage und schreibe 90 Prozent des Rohstoffabbaus in Deutschland entstehen im Bau- und im Gebäudebereich. Allein der Baustoffkonzern Heidelberg-Cement stößt im Jahr weltweit so viele Treibhausgase aus wie die gesamte Landwirtschaft in Deutschland. Das ist ja wohl ein bisschen viel, und das belegt auch: Hier muss endlich mehr passieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was macht die Bundesregierung? Zum einen setzt sie sich das Ziel, erst 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudesektor zu haben. Das ist zu spät! Die Klima-

Caren Lay

- (A) schutzziele im deutschen Gebäudesektor wurden im letzten Jahr verfehlt, und das Gebäudeenergiegesetz vom letzten Jahr hält an einem veralteten Standard fest. Hier muss endlich mehr kommen für eine zukunftsfähige, für eine ökologische Baubranche.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Wichtigste ist – das kann man einer neubaufixierten Politik nicht oft genug sagen –: Sanierung des Bestandes vor Neubau. Damit sparen wir Energie, schonen die Ressourcen und verhindern den Flächenfraß.

(Beifall bei der LINKEN)

Was den Neubau anbelangt, so muss so schnell wie möglich auf einen klimaneutralen Neubau umgestellt werden, um die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten.

(Lachen des Abg. Karlheinz Busen [FDP])

Die Förderpolitik sollte sich nach unserer Auffassung daran orientieren: je größer die Energieeinsparung, desto höher die Förderung.

Meine Damen und Herren, ein Punkt ist uns als Linke sehr wichtig, und der ist heute wirklich viel zu kurz gekommen: Ja, die Bauwende muss kommen, aber sie muss auch sozial sein, um zu gelingen!

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kosten für Sanierung und für nachhaltiges Bauen dürfen nicht alleine auf Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Nach wie vor überhilft die Modernisierungsumlage zum Beispiel die Kosten für die Sanierung alleine Mieterinnen und Mieter. Das ist ungerecht!

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen wollen wir sie auch – im Gegensatz zu den Grünen – komplett abschaffen. Wir brauchen stattdessen ein ambitioniertes Förderprogramm von mindestens 5 Milliarden Euro, damit die Kosten gerecht verteilt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, einen letzten Punkt möchte ich in dieser Debatte noch ansprechen. Bereits seit Jahresbeginn gibt es die CO₂-Bepreisung auf Wärmeenergie. Diese Preise können nach jetzigem Stand auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden und werden es dann vermutlich auch. Das ist weder ökologisch noch sozial gerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen fordern wir gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund: Der CO₂-Preis muss von Vermieterinnen und Vermietern getragen werden. Nur so entfaltet er eine Lenkungswirkung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

(C)

Es macht sich bereit der Kollege Michael Kießling, CDU/CSU-Fraktion, und er hat das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Kießling (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor großen gesellschaftspolitischen und klimapolitischen Herausforderungen; das ist, glaube ich, uns allen klar. Es geht um lebenswertes Leben in der Stadt und im ländlichen Raum; es geht um energetische Sanierung, und es geht auch um bezahlbares Bauen und Wohnen. Und dafür müssen wir gemeinsam Lösungen finden, alle, die am Bauprozess beteiligt sind; aber wir müssen für Eigentümer, Vermieter und Mieter eine Lösung finden, die auch bezahlbar ist.

Die Grünen schaffen es mit einem Antrag von sieben Seiten, eine Bauwende herbeizuführen. Wenn man sich diese sieben Seiten anschaut, dann sieht man: Das ist eine Sammlung von Ideen, ohne die ökonomischen Folgewirkungen zu betrachten. Richtig ist – das haben wir heute oft genug gehört –, dass die Bauwirtschaft einen großen CO₂-Footprint und hohen Ressourcenverbrauch nach sich zieht. Das löst bei den Grünen den typischen Effekt aus, mit Verboten und Quoten zu handeln.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen wir denn verbieten? Ganz konkret: Was wollen wir verbieten?)

Meine Damen und Herren, dadurch werden wir es nicht schaffen, nachhaltig, bezahlbar und wirkungsvoll (D) Veränderungen zu erzielen. Sie werden einzig Ihrem Ruf gerecht, indem Sie mit Ihrem typischen Handeln verbieten, bevormunden und moralisieren. Meine Damen und Herren, wenn wir wirklich Veränderungen herbeiführen wollen, dann müssen wir alle Aspekte der Bauwende – so wie Sie es nennen – betrachten, auch die Gesamtkosten. Sie bieten zwar in einem weiteren Antrag für die Finanzierung das Drittelmodell an, aber auch diese Kosten muss jemand tragen – das haben wir vorhin schon von meinem Kollegen gehört –, die trägt dann der Steuerzahler. Wir müssten natürlich schauen, wie wir die Lasten entsprechend verteilen. Nur, so setzen wir keinen Impuls für nachhaltiges und klimafreundliches Bauen.

Wir haben schon geliefert – zusammen mit unserem Koalitionspartner – und haben zum Beispiel das Gebäudeenergiegesetz auf den Weg gebracht. Damit komme ich zum Antrag der FDP. Sie fordern eine technologieoffene Herangehensweise, um kosteneffizient zu sanieren oder zu bauen. Das haben wir im GEG schon umgesetzt, und zwar mit der Innovationsklausel –

(Beifall des Abg. Klaus Mindrup [SPD])

wir mussten zwar etwas diskutieren, haben es aber dann doch geschafft –, mit der ein kostengünstiger Weg zwischen Gebäudeeffizienz und Einbindung erneuerbarer Energien möglich wird.

Aber wir müssen mehr tun und haben auch schon einiges getan. Wir haben in dieser Legislaturperiode die steuerliche Förderung für die Sanierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht, die wir eingeführt haben, um Anreize zu

Michael Kießling

- (A) schaffen. Wir haben die Förderung für effiziente Gebäude neu konzipiert. Und wir haben das KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ weiterentwickelt. Alle diese Maßnahmen stehen im Einklang mit den Kosten. Wir brauchen die Akzeptanz der Menschen vor Ort, die das letztendlich bezahlen müssen: Das ist der Eigentümer; das sind der Vermieter und der Mieter.

Wir müssen auch darauf achten, dass Bauen und Wohnen, privat und gewerblich, bezahlbar bleiben. Zu dieser Wahrheit gehört leider, dass Bauen, wenn wir uns weiter so verhalten, teurer wird. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, das Thema Digitalisierung voranzutreiben. Wir haben einen Antrag gestellt, um das BIM weiterzuentwickeln.

Im Januar haben wir auf der Klausurtagung der CSU – einige werden es gelesen haben – den nächsten Schritt getan und neue Ansätze mit aufgenommen: Mithilfe von künstlicher Intelligenz wollen wir die Prozesseffektivität beim Bauen heben, aber auch die Lebensphase eines Bauwerks komplett betrachten. Uns ist es wichtig, dass wir nicht nur die Entstehungskosten, sondern auch die Nutzungsphase bis hin, ich sage mal, zum Recycling eines Bauwerks betrachten; das müssen wir in den Blick nehmen, und dabei können uns neue Technologien durchaus helfen.

- (B) Deshalb fordern wir als CSU – das steht in unserem Papier –, dass wir ein KI-Cluster für das Bauwesen anstreben, in dem wir zentrale Akteure zusammenbringen. KI hilft nicht nur, Prozesse zu verbessern, sondern auch neue Baustoffe zu entwickeln, die wir dringend brauchen, um – wenn wir wollen – klimabewusst und nachhaltig neue Gebäude zu errichten, aber auch bestehende Gebäude zu sanieren.

Frau Lay, Sie haben gesagt: Wir müssen bestehende Gebäude sanieren. – Ich war selber Bürgermeister. Wenn Sie anfangen, eine Schule umzubauen, dann kommt es schnell dazu, dass der Bestandsschutz aufgehoben ist. Sie müssen die Regelungen zum Thema „Brandschutz, Fluchtwegeplanung“ einhalten. Leider ist es momentan so, dass ein Neubau dann günstiger wäre, als den Bestand zu pflegen. Da müssen wir schauen: Wo sind unsere Ansprüche? Und wie können wir das effektiv, effizient, aber auch nachhaltig und sicher gestalten? So einfach können wir es uns hier leider nicht machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns technologieoffen Klimaschutz betreiben und so auch unsere Gebäude sanieren und neu bauen. Dazu gehören alle Baustoffe – am richtigen Ort, in der richtigen Verwendung. Wir brauchen Holz; wir brauchen Stahl; wir brauchen Beton; wir brauchen Ziegel. Diese Baustoffe müssen wir in vernünftiger Kombination zusammenbringen, sodass wir Gebäude für die Zukunft bauen, die nachhaltig und energieschonend bzw. energieneutral sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

(C)

Vielen Dank, Michael Kießling. – Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Timon Gremmels, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Timon Gremmels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wahlperiode neigt sich dem Ende entgegen, und wir können ein Fazit ziehen in der Frage: Wo stehen wir beim Thema Wohnen? Beim klimafreundlichen Wohnen für alle sind wir in dieser Wahlperiode einen weiteren Schritt vorangegangen. Es reicht noch nicht, aber die Richtung stimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Geschwindigkeit stimmt nicht!)

Wir haben hohe energetische Standards festgelegt, zum Beispiel im Gebäudeenergiegesetz. Hier haben wir ein modernes Ordnungsrecht geschaffen für kosteneffizienten Klimaschutz.

(Zuruf der Abg. Dr. Julia Verlinden [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben im Gebäudeenergiegesetz sichergestellt, dass künftig der Quartiersansatz berücksichtigt wird: dass man nicht nur Gebäude einzeln betrachtet, sondern ganze Quartiere; das ist ein großer Schritt nach vorne. Und wir haben im Gebäudeenergiegesetz dafür gesorgt, dass Solarenergie berücksichtigt wird; auch das ist ein großer Schritt nach vorne. (D)

(Beifall des Abg. Klaus Mindrup [SPD])

Außerdem sagen wir: Die öffentliche Hand muss eine Vorbildfunktion einnehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Das haben wir ordnungsrechtlich gemacht.

Aber, liebe Grüne, es gibt nicht nur das Ordnungsrecht – es ist wichtig und richtig –, es gibt auch die Frage, wie wir finanzielle Anreize schaffen können, um Menschen zu animieren, mehr im und für den Bausektor zu tun. Da haben wir einiges erreicht. Die Förderprogramme wurden massiv aufgestockt. Das Fördervolumen wurde verdreifacht. Ein Beispiel: Wir haben die Gelder für die CO₂-Gebäudesanierung im letzten Haushalt, über den Nachtragshaushalt, von 2 Milliarden auf 6 Milliarden Euro verdreifacht, und wir haben sie im Bundeshaushalt 2021 verstetigt:

(Beifall des Abg. Klaus Mindrup [SPD])

6 Milliarden Euro Bundesförderung für effiziente Gebäude, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das zeigt: Die Große Koalition hat den Gebäudesektor im Blick, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU])

Ja, seit dem 1. Januar dieses Jahres werden Öl und Erdgas unattraktiver. Auch das ist richtig, weil wir mit der CO₂-Bepreisung Anreize schaffen wollen, dass auch die Vermieter investieren in moderne Heizungen, in Energieeffizienz. Sie sind die Einzigen, die das tun können;

Timon Gremmels

- (A) das kann der Mieter nicht. Deswegen ist es richtig, dass der CO₂-Preis von den Vermieterinnen und Vermietern getragen werden muss; denn nur sie haben es in der Hand, eine Wohnung energetisch zu sanieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die Mieterinnen und Mieter gibt es auch eine Entlastung. Seit dem 1. Januar haben wir die EEG-Umlage auf 6,5 Cent gesenkt. Ohne diese Maßnahme würde die EEG-Umlage heute bei 9,6 Cent liegen. Auch das zeigt, dass wir das im Blick haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ausblick: Wir wollen eine ganzheitliche Betrachtung des Lebenszyklus haben. Wir müssen auch einen Schwerpunkt auf die graue Energie legen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir da im GEG mehr erreichen. Aber dort ist zumindest ein Forschungsauftrag verankert.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahnsinn!)

Das muss zeitnah besser werden; hier brauchen wir mehr.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles zu langsam!)

Wir brauchen auch eine Weiterentwicklung des Energieausweises zum Ressourcenausweis. Dafür steht die SPD.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir – das sollen meine letzten Worte sein, Herr Präsident – sind sehr gespannt. Die Petition „Bauwende JETZT!“ hat ihr Quorum erfüllt. Sie gibt Rückenwind. Ich bin froh, dass ich als Berichterstatter im Petitionsausschuss mich um das Thema kümmern kann. Am 1. März 2021 haben wir diese Petition in öffentlicher Beratung. Sie wird uns Rückenwind geben, und sie wird all diejenigen unterstützen, die der Auffassung sind: Für ein effizientes, klimaneutrales Wohnen muss mehr getan werden. – Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/23152, 19/26182, 19/26183 und 19/26178 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 und den Zusatzpunkt 2 auf:

- 8 Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesjagdgesetzes, des Bundesnaturschutzgesetzes und des Waffengesetzes**

Drucksache 19/26024

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Ausschuss Digitale Agenda

(C)

- ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Wald geht nur mit Wild – Ideologiefreie Reform des Bundesjagdgesetzes

Drucksache 19/26179

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Beschlossen ist für die Aussprache eine Zeitdauer von 30 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt die Frau Bundesministerin. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Guten Abend, sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir führen das Jagdrecht in die Zukunft und schützen unseren Wald. Das, was wir heute beraten, ist somit die erste größere Novelle des Bundesjagdgesetzes seit 1976, also seit 45 Jahren. Nach so vielen Jahren wird es Zeit, eine Anpassung des Bundesjagdgesetzes vorzunehmen – für die heutige und für die zukünftige Zeit. Wir tragen damit den Bedürfnissen der Jägerinnen und Jäger Rechnung; sie sind im Übrigen wichtige Partner bei der Bekämpfung der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest. Ebenso schaffen wir einen Ausgleich zwischen Jägern und Waldbesitzern. Unser Motto lautet „Wald und Wild“, „Wald mit Wild“;

(Beifall bei der CDU/CSU)

wir wollen nicht das Gegeneinander von beidem.

Dass dieser Ausgleich nicht einfach ist, da müssen wir gar nicht drum herumreden; denn es hat mehrere Legislaturperioden gedauert, bis so etwas in den Bundestag eingebracht worden ist. Diejenigen, die glauben, einen Kompromiss hinzubekommen, indem sie einer Seite nach dem Mund reden, irren. Beides zusammenzubekommen, heißt, einen Kompromiss zu schließen.

Mit der Regelung zu Wild und Wald wird auch der nachhaltige Waldumbau flankiert. Mit der Neuregelung eines vernünftigen Ausgleichs zwischen Wald und Wild zeigen wir, dass die Wiederbewaldung und der Waldumbau gelingen können, wenn der Wildbestand angemessen angepasst ist – vor Ort, durch Absprache zwischen den Beteiligten. Die Eigenverantwortung unterstreichen wir durch die Einführung eines sogenannten Abschusskorridors und dadurch, dass wir zu einem Vegetationsgutachten noch ein Lebensraumgutachten hinzuziehen können. Das sind sinnvolle Instrumente. Wir haben auch weitere rechtliche Klarstellungen vorgenommen.

(D)